

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

Christian Küppers

Deutsches Öko-Institut e.V.,
stv. Bereichsleiter Nukleartechnik und Anlagensicherheit

Dalibor Strasky,

Antiatombeauftragter des Landes OÖ

31. Mai 2017

zum Thema

**„Atomlobby setzt auf Laufzeitverlängerungen von Uralt-AKW
– auch an (Ober)Österreichs Grenzen – mit hohem Risiko.
Studie über Risiken & Aktuelles zu AKWs in Tschechien –
Forderungen und Initiativen“**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

„Atomlobby setzt auf Laufzeitverlängerungen von Uralt-AKW – auch an (Ober)Österreichs Grenzen – mit hohem Risiko. Studie über Risiken & Aktuelles zu AKWs in Tschechien – Forderungen und Initiativen“

Europas AKW kommen in die Jahre, sind im EU-Durchschnitt mittlerweile über 30 Jahre alt. Neubauten sind nicht mehr finanzierbar und nicht mehr durchsetzbar. Um noch irgendwie im Geschäft zu bleiben, setzt die Atomlobby immer stärker auf Laufzeitverlängerungen die die Betriebsdauer auf bis zu 60 Jahre verlängern – zu Lasten der Sicherheit und Gesundheit von Europas Bevölkerung.

Denn mit dem Alter steigt das Risiko der Atomreaktoren. Eine Studie des Deutschen Öko-Instituts im Auftrag von Greenpeace zeigt: AKW altern physisch, etwa durch Risse im Reaktordruckbehälter, aber auch konzeptionell, indem sie auf aktuelle Sicherheitsgefährdungen nicht mehr angepasst werden können, leiden unter Wissens-Wegfall durch Pensionierungen, die Frage der Endlagerung ist offen, ebenso wie manche geforderte Nachrüstung. Fakten, denen auch bei den europaweiten AKW-Stresstests viel zu wenig Bedeutung geschenkt wurde.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Oberösterreichs Umwelt-Landesrat Rudi Anschober präzisierte Studienautor Christian Küppers die Ergebnisse. Anschober will klare europaweite Regelungen gegen dieses steigende Risiko mit der "Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg" durchsetzen: eine Obergrenze für die Betriebszeit sowie verpflichtende grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen im Fall einer Laufzeitverlängerung.

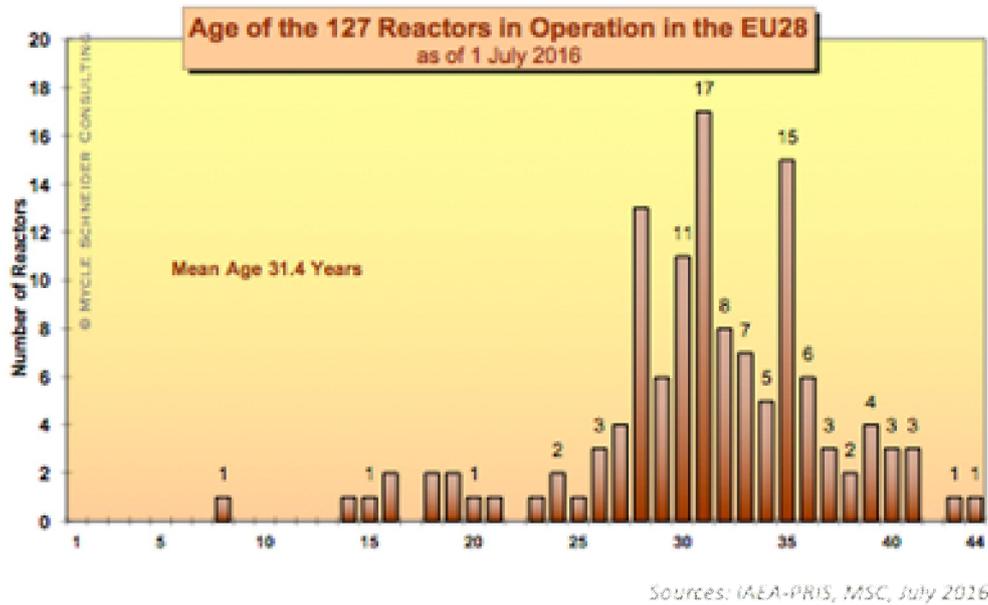
LR Anschober: „In Europa muss ein Umdenken im großen Stil starten. Sicherheit und Gesundheit der BürgerInnen muss endlich vor wirtschaftliche Interessen der Atomlobby gestellt werden. Gerade bauen wir die Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg weiter aus. Inhaltlich fordern wir ein Ende der Subvention der Atomenergie und ein Stoppen der neuen Praxis der ständigen Laufzeitverlängerungen bei alten AKW, durch eine europaweit gültige Höchstgrenze der Betriebszeit von Reaktoren und verbindliche grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Laufzeitverlängerungen von AKW. Mit dem Ziel des Atomausstiegs verbindet die Allianz ein Pushen der Energiewende und die Reform der Atomfördergemeinschaft Euratom hin zur Atomausstiegsgemeinschaft.“

Atomindustrie in Europa: Alt, teuer, gefährlich

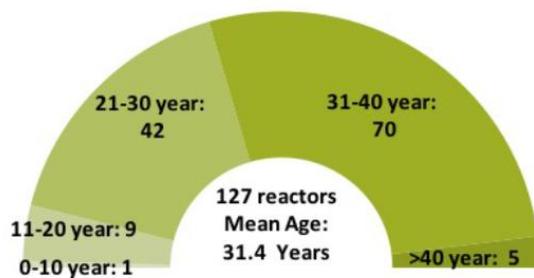
Die Atomindustrie befindet sich immer mehr in massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Gleichzeitig sind die 128 (Stand nach Juli 2016) in Betrieb befindlichen AKW in der EU bereits durchschnittlich 31,4 Jahre alt. Die Folge ist, dass die teuren notwendigen Stilllegungen von alten Atomkraftwerken immer mehr verschoben werden und Laufzeitverlängerungen beantragt werden. Das aber ist ein gefährliches Experiment, da dafür die Anlagen weder ausgelegt noch genehmigt sind.

Jedes Kernkraftwerk ist seit seiner Inbetriebnahme vielfach nachgerüstet worden. Die Unterschiede gegenüber Neuanlagen können aber nicht vollständig durch Nachrüstungen ausgeglichen werden – insbesondere dann nicht, wenn es sich um Unterschiede in grundlegenden Auslegungskonzepten handelt. Hinzu kommt, dass Alterungsphänomene mit zunehmender Laufzeit an Bedeutung gewinnen.

Darstellung des Alters der Reaktoren in EU28:
(aus: Mycle Schneider, The World Nuclear Industry)



Age of EU Nuclear Fleet
as of 1 July 2016



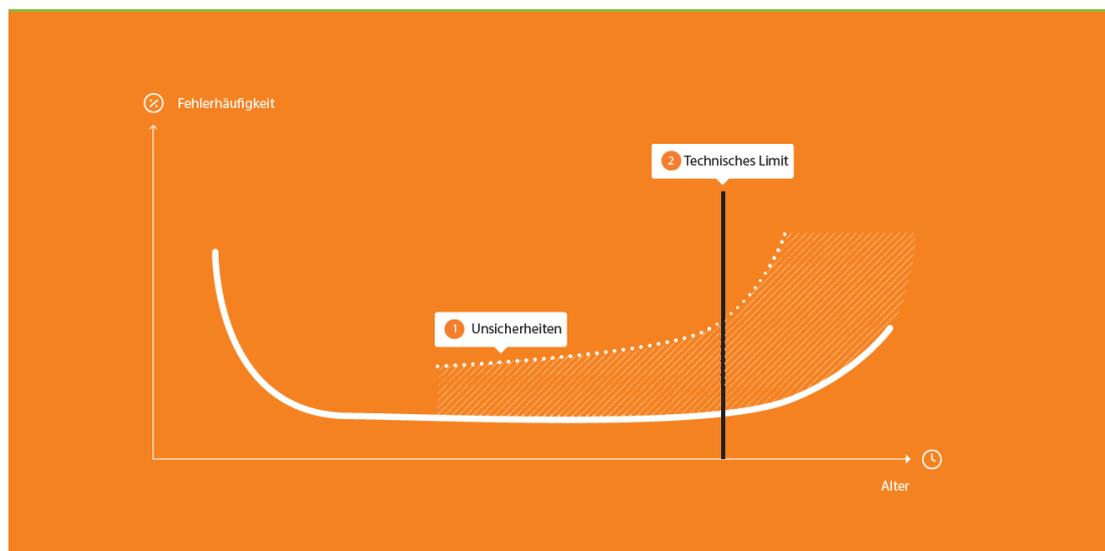
Sources: IAEA-PRIS, MSC, 2016

Risiken alternder AKW – Studienergebnisse Öko-Institut

Welche Risiken Reaktoren mit 30 Jahren Betriebsdauer oder – nach Laufzeitverlängerungen wie in Europa und den USA üblich - mit bis zu 60 Betriebsjahren haben, zeigt eine Studie des deutschen Öko-Instituts e.V., Bereich Nukleartechnik und Anlagensicherheit, für den Greenpeace-Report „Alternde Atomreaktoren: Eine neue Ära des Risikos“ auf.

AKW-Betreiber zielen in Europa – aufgrund der Unwirtschaftlichkeit von Neubauten – auf Laufzeitverlängerungen und Leistungserhöhungen ab, mit entscheidenden Auswirkungen auf die Sicherheit: Neben der physischen Alterung von Systemen und Komponenten, etwa Risse im Reaktordruck- oder Sicherheitsbehälter, kommt es auch zu einer technologischen und konzeptuellen Alterung, da alte Reaktoren nur eingeschränkt auf neue Technologien und Sicherheitskonzepte umgerüstet werden können, etwa für den Fall eines Erdbebens oder Flugzeug-Absturzes. Leistungserhöhungen der Reaktoren beschleunigen Alterung und Risiko noch weiter, sind derzeit in einem Ausmaß von plus 5 – 20 % dennoch üblich.

Typischer Lebenszyklus eines Atomkraftwerks



Quelle: Residual Risk report, 2007, basierend auf IRSN

Typische Nachteile älterer Anlagen:

- Werkstoffe, die weniger beständig sind, als die heute im Regelwerk vorgesehenen Werkstoffe;
- Komponenten mit herstellungs- oder konstruktionsbedingten Schwachpunkten (z.B. Anzahl und Lage von Schweißnähten, verwendete Schweißverfahren);

- Auslegung der Bauwerke zum Schutz vor äußeren Einwirkungen;
- geringer Redundanzgrad und unvollständige Redundanztrennung;
- geringere Kühlwasserreserven;
- unvollständige Umsetzung moderner Brandschutzkonzepte.

Zudem weist die Studie darauf hin, dass nach Tschernobyl geforderte Nachrüstungen bis heute nicht in allen AKW umgesetzt sind und dass auch die Pensionierungen und einhergehender Wissensverlust des AKW-Personals ein Problem darstellt. Für den zukünftigen sicheren Betrieb der Kernkraftwerke stellt sich das Problem, inwieweit qualifizierter Nachwuchs in ausreichendem Umfang verfügbar sein wird.

Besonders problematisch sind auch die enormen Mengen an abgebrannten Brennelementen, die an den AKW-Standorten zwischengelagert werden. Ungenügender Schutz der hoch radioaktiven Abfälle vor äußeren Einwirkungen und die Möglichkeit eines langfristigen Kühlverlusts stellen ein großes Risiko dar.

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima zeigte eindrücklich, dass wohl kein bestehendes Atomkraftwerk auf eine Havarie gleich mehrerer Reaktoren vorbereitet ist. Es kommt zu gemeinsam verursachten Ausfällen der Kühlwassereinläufe, Pumpstationen, Rohrleitungen, Elektrizitätsinfrastruktur usw. Das Öko-Institut zieht hierbei den klaren Schluss, dass dieser Aspekt bisher nicht ausreichend beachtet wurde, auch nicht bei den nach Fukushima durchgeführten EU-Stresstests.

In den Stresstests wurden auch Alterungserscheinungen nicht ausdrücklich abgedeckt. Durch den Rückgriff auf die Auslegungsdauer eines Reaktors zur Bestimmung seiner Robustheit wurden Designschwächen und Unterschiede zwischen den verschiedenen Reaktortypen nicht voll berücksichtigt. Aufgrund der Tatsache, dass Ereignisse jenseits der Auslegung früher nicht systematisch untersucht wurden, gab es zu wenig dokumentierte Erfahrungswerte.

Situation AKW-Laufzeitverlängerungen in Tschechien

Auch die tschechischen Kernkraftwerke nähern sich ihrer Auslegungslbenszeit. Das älteste in Betrieb befindliche KKW ging bereits Mitte der 1980er Jahre ans Netz. Im Durchschnitt sind die tschechischen Reaktoren 25 Jahre alt.

Das Problem liegt hauptsächlich in der Tatsache, dass die KKW in den 1970er Jahren für die Betriebsdauer von 30 Jahren konzipiert und ausgelegt wurden. Damals war dieser Ansatz üblich, mit ein paar Ausnahmen, wie z.B. das KKW Krško von Westinghouse, das für die Betriebsdauer von 40 Jahren ausgelegt wurde.

Das KKW Krško in Slowenien wurde im Jahr 1981 in Betrieb genommen. Der Betreiber hat vor, die Laufzeit um 20 Jahre zu verlängern (Betrieb bis 2043). Eine staatliche Kommission hat inzwischen den Antrag zugelassen.

AKW Dukovany

Der erste Block in Dukovany sollte mit Jahresende 2015 vom Netz genommen werden. Die Atomaufsichtsbehörde hatte die Laufzeit des 30 Jahre alten Reaktors Dukovany 1 am 31. März 2016 jedoch unbegrenzt verlängert.

Die Genehmigung ist wie folgt konzipiert: die Gültigkeit ist zwar unbefristet, der Betreiber hat jedoch jährlich den Sicherheitsbericht zu aktualisieren. Viele aus den 96 Bedingungen beschreiben, welche Punkte in den Aktualisierungen insbesondere behandelt werden müssen, etwa betreffend Sicherheitsdokumentation, Baukonstruktion, Standort, Betrieb, Personal oder Brennelementen und Schutz. Wenn diese Bedingungen wirklich konsequent erfüllt und streng überprüft werden, dann wäre es eine sehr strenge Genehmigung. Die Problematik mit den Schweißnähten lässt

aber vermuten, dass Bedingungen und Kontrollen nur sehr lasch erfüllt werden bzw. passieren.

In der Begründung der Bedingungen schreibt die Atomaufsichtsbehörde SÚJB, dass der Betreiber noch "nicht die komplette Verbesserung der Mängel sichergestellt hat", das betrifft die Mängel in den Schweißnähten und in der Kontrolle, trotzdem wurde die Betriebsgenehmigung erteilt.

Am 31. August 2016 hat die tschechische Atomaufsichtsbehörde SÚJB den Betrieb des 2. Blocks in Dukovany bis 10. Juli 2017 genehmigt. So wurde die Laufzeit des 2. Blocks vorläufig um ein halbes Jahr verlängert. Damit bestätigt er aber auch, dass der 2. Block nicht fristgemäß genehmigungsfähig ist. In der gewonnenen Zeit hofft der Betreiber, die für die Genehmigung der unbeschränkten Laufzeitverlängerung erforderlichen Dokumente zu beschaffen. Diese müssen nicht unbedingt dem Stand der Anlage entsprechen (siehe den Kontrollskandal mit den Schweißnähten vor einem Jahr).

Im KKW Dukovany wurden insgesamt 23.065 Schweißnähte überprüft. Davon mussten 3.199 Schweißnähte repariert werden (14%)¹. Der Kontrollskandal hat also nicht nur die Missstände in der Kontrolltätigkeit gezeigt, sondern auch das Ausmaß der Alterungserscheinungen in der Anlage. Mit Rücksicht darauf, dass auch die Schweißnähte in den sicherheitsrelevanten Systemen betroffen wurden, ist der Anteil der zu reparierenden Schweißnähte von 14% beträchtlich. Andererseits wird damit bestätigt, dass die Konzipierung für den Betrieb von 30 Jahren tatsächlich umgesetzt wurde - die Bauteile versagen mehr oder weniger nach dem 30-jährigen Einsatz.

¹ In Jahren 2015-2016, Angaben für das Jahr 2017 vom Betreiber geschätzt. Die Angaben wurden im November 2016 präsentiert.

Dies wird auch durch die häufig misslungenen Wiederinbetriebnahmen der Blöcke nach den Abschaltungen (z.B. für die Brennstoffwechsel) und durch die ungeplant verlängerten Abschaltungen bestätigt. Dabei versagen z.B. verschiedene Ventile, Dichtungen etc., obwohl während der Abschaltungen üblicherweise Revisionen aller Systeme erfolgen.

Der Betreiber CEZ hat vor, eine ggf. unbeschränkte Genehmigung für die Laufzeitverlängerung für alle restlichen Blöcke zu beantragen.

Es ist zu betonen, dass die Leistung der Blöcke auf 116% erhöht wurde. Damit sind höchstwahrscheinlich alle Sicherheitsreserven erschöpft. Ein Versagen von bestimmten Anlagenteilen könnte so sofort zu verheerenden Folgen führen.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass der Kontrollskandal betreffend die tschechischen AKW mit der Entdeckung einer defekten Schweißnaht am Stutzen des Dampferzeugers für die Zuleitung des Notspeisewassersystems begonnen hat.

AKW Temelin

Der Betrieb des 1. Blocks des KKW Temelín ist bis 12. Oktober 2020 durch die Atomaufsichtsbehörde genehmigt. Den Antrag für eine Laufzeitverlängerung hat der Betreiber spätestens am 14. Juli 2020 einzureichen, sonst läuft die Gültigkeit am 12. Oktober 2020 aus.

Ähnlich ist es für den 2. Block: Den Antrag für die neue Genehmigung hat der Betreiber spätestens am 28. Februar 2022 einzureichen. Wenn er diesen Termin nicht schafft, dann läuft die Gültigkeit am 31. Mai 2022 aus.

Der Kontrollskandal betraf auch die Schweißnähte im KKW Temelín. In Temelín waren insgesamt 7.726 Schweißnähte zu überprüfen, wovon 711 zu reparieren waren bzw. sind. Der Anteil beträgt somit 9%, was im Vergleich zu Dukovany das „jüngere“ Alter der Anlage in Temelín zeigt.

Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg:

Keine gefährlichen Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken in der EU!

Der Atombericht PINC (Hinweisendes Nuklearprogramm) der EU-Kommission weist auf Kosten von 250 Milliarden Euro für die Stilllegung von Atomreaktoren bis 2050 hin - laut Expert/innen sollen die Kosten doppelt so hoch liegen - aber nur 130 Milliarden sind durch Rücklagen abgedeckt. Auch um diese gigantischen Kosten zu schieben, planen immer mehr Betreiber massive Laufzeitverlängerungen. In ihrem „Hinweisenden Nuklearprogramm“ sieht die EU-Kommission das größte Potenzial für die Zukunft der Atomenergie in der Laufzeitverlängerung. Sie geht dabei von einer Verlängerung der Laufzeit von fast der Hälfte der EU-Reaktorflotte auf bis zu 60 Jahre aus.

Die von Landesrat Rudi Anschöber vor einem Jahr von Oberösterreich aus initiierte "Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg" legte beim Arbeitstreffen Ende April in Brüssel auch einen Schwerpunkt auf die Thematik alternder Atomreaktoren. Die Allianz hält derartige Verlängerungen von Laufzeiten wie generell lange Laufzeiten von Atomreaktoren aus Sicherheitsgründen für nicht vertretbar.

"Die Atomenergie hat wirtschaftlich verloren - bei einem AKW-Neubau wie Hinkley Point in Großbritannien würde der fünffache Preis entstehen, der derzeit für einen neuen Offshore-Windpark in der Nordsee besteht. Die Erneuerbaren setzen sich wirtschaftlich durch. Daher greift die Atomlobby zu zwei letzten Rettungsversuchen: Milliardensubventionen für Neubauten und immer weitere Laufzeitverlängerungen von alten AKW. Massive Laufzeitverlängerungen dürfen kein strategischer Plan der EU sein, daher wollen wir als Allianz diese Entwicklung stoppen. Man muss die aktuell laufend stattfindenden Vorfälle in Europas Schrott-Reaktoren endlich ernst nehmen und wenigstens verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen durchsetzen. Eine verbindliche Begrenzung der Laufzeit von AKW und damit der schrittweise Atomausstieg muss das Ziel sein", so LR Anschöber.

Die Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg wächst und zählt bereits 15 Mitglieder mit 50 Mio. Einwohner/innen, vor allem aus Deutschland, Österreich und Belgien. Vorgespräche mit einer ganzen Reihe von Regionen für einen Beitritt laufen, die Erweiterung soll bis Jahresende eine weitere Verdoppelung der Regionen in der Allianz bringen.